

1800 Menschen bei Israel-Friedensmarsch

Deutlich mehr Düsseldorfer als erwartet gingen für Solidarität und gegen Antisemitismus auf die Straße.

VON MAXIMILIAN NOWROTH

DÜSSELDORF Rund 1800 Menschen sind am Sonntagmittag in Düsseldorf auf die Straße gegangen, um ein Zeichen gegen Antisemitismus zu setzen. Die Jüdische Gemeinde hatte den Friedensmarsch organisiert und mit deutlich weniger Teilnehmern gerechnet. „Wir sind sehr stolz und glücklich“, sagte Oded Horowitz, Chef der Jüdischen Gemeinde in Düsseldorf, bei der Kundgebung am Johannes-Rau-Platz.

Der Marsch begann gegen 14 Uhr an der Berliner Allee, ging später auch über die Königsallee und wurde von prominenten Teilnehmern angeführt. Neben Horowitz liefen NRW-Wirtschaftsministerin Mona Neubaur (Grüne), Bürgermeister Josef Hinkel (CDU) und die deutsch-jüdische Aktivistin Malca Goldstein-Wolf. Auch prominente Persönlichkeiten aus der Stadtgesellschaft hatten sich eingereiht. Darunter Künstler Jacques Tilly, Ordnungsdezernentin Britta Zur, Stadtmuseum-Leiterin Susanne Anna und der grüne Landtagsabgeordnete Stefan Engstfeld.

Begleitet wurde die Menschenmenge von einem großen Polizeiaufgebot. Die Stimmung war ruhig, es gab keine Sprechchöre oder Gesänge. Viele Teilnehmer hatten Israel-Flaggen dabei. Andere zeigten Bilder von Israelis, die am 7. Oktober von der palästinensischen Terrororganisation Hamas aus Israel ver-

schleppt wurden. Auf Schildern und Spruchbändern stand: „Gegen jeden Antisemitismus“, „Make Peace not War“ und „Für unsere demokratischen Werte“.

Das Publikum war tendenziell älter als bei anderen Demonstrationen und repräsentierte augenscheinlich ein eher bürgerliches Milieu. Es waren nur wenige Menschen unter 30 Jahren oder mit offensichtlich nicht-europäischem Migrationshintergrund zu sehen.

Bei der Kundgebung am Johannes-Rau-Platz hatte Oded Horowitz das erste Wort. Er kritisierte, dass die Rolle Israels in dem Krieg gegen die Hamas in der Öffentlichkeit verdreht werde: „Plötzlich ist Israel der Aggressor. Und auch in Deutschland bejubeln Menschen das Tö-

ten von israelischen Zivilisten.“ Als Jude fühle er sich in Deutschland aktuell nicht sicher, sagte Horowitz – und forderte die Bürger zur Unterstützung auf. „Wir dürfen die Straßen nicht Menschen überlassen, die politisch ganz anders ticken.“ Nicht das islamische Gesetz Scharia, sondern das Judentum gehöre zu Deutschland. Um das zu demonstrieren, schlug der Chef der etwa 7500 Mitglieder starken Jüdischen Gemeinde in Düsseldorf vor, dass alle in Deutschland für einen Tag lang eine Kippa tragen sollen – die klassische Kopfbedeckung jüdischer Männer.

Auch Mona Neubaur betonte in ihrer kämpferischen Rede die Verantwortung aller Menschen in Deutschland, jetzt die jüdische Be-

völkerung zu unterstützen: „Auf die Straße zu gehen, ist Bürgerpflicht“, sagte die Ministerin. Es gehe darum, das Grundgesetz zu verteidigen. „Gegen alle, die unseren Rechtsstaat angreifen.“ Großen Applaus bekam die Grünen-Politikerin für die Aussage: „Niemand spricht Menschen das Recht ab, über zivile Opfer in Gaza zu trauern. Aber wer den Angriff am 7. Oktober und den Terror feiert, hat in NRW keinen Platz.“

Bürgermeister Josef Hinkel sagte, dass die Stadt mit dem Friedensmarsch „ein eindrückliches Zeichen gegen Antisemitismus“ setze. Man stehe fest an der Seite der jüdischen Gemeinde. „Wir dürfen die Straße nicht denen überlassen, die Hass und Hetze betreiben.“ Düsseldorf müsse zusammenstehen.



An der Demonstration gegen Antisemitismus in der Düsseldorfer Innenstadt beteiligten sich fast 2000 Menschen, die ruhig über Berliner Allee und Graf-Adolf-Straße zum Johannes-Rau-Platz zogen.

RP-FOTO: OLAF DÖRING